



HESSISCHER LANDTAG

05. 12. 2006

Kleine Anfrage

des Abg. Schäfer-Gümbel (SPD) vom 20.10.2006

betreffend Familienstadt mit Zukunft - Büdingen

und

Antwort

der Sozialministerin

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1. Welche 19 Städte und Gemeinden haben sich um die Förderung im Rahmen der "Familienstadt mit Zukunft" beworben?

Bad Vilbel,
Bensheim,
Bruchköbel,
Büdingen,
Dillenburg,
Gelnhausen,
Hattersheim,
Heppenheim,
Heusenstamm,
Idstein,
Karben,
Korbach,
Langen,
Neu Isenburg,
Nidderau,
Oberursel,
Viernheim,
Weiterstadt,
Schwalm-Eder-West.

Frage 2. Welche konkreten Ziele wurden in der Allianz zwischen der Landesregierung und der Stadt Büdingen vereinbart?

- Die kommunale Familienpolitik und ihre Ziele werden öffentlich kommuniziert. Dabei wird der Wert von Kindern für eine Gesellschaft, insbesondere die Rolle von Kindern für die Zukunft der einzelnen Gesellschaftsbereiche, dargestellt.
- Familienpolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit alle Interessierten und Verantwortlichen ihre Kräfte bündeln und gemeinsam aktiv werden, werden Bürgerforen abgehalten und Familientische etabliert.
- Die Unternehmen und Gewerbetreibenden vor Ort werden ermutigt, zusätzliche Maßnahmen und Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ergreifen.
- Die Hilfe zur Selbsthilfe wird gestärkt, indem das bürgerschaftliche Engagement, private Initiativen und Netzwerke besonders gefördert werden.

- Familienpolitik zielt nicht nur auf junge Paare ab, sondern bindet alle gesellschaftlichen Altersgruppen ein. Der Dialog zwischen den Generationen wird z.B. durch die Vermittlung von Patenschaften erleichtert.
- Stadtplanung und -entwicklung werden familienfreundlich gestaltet, indem bei der Gestaltung von Quartieren und des öffentlichen Raums die Bedürfnisse von Familien berücksichtigt werden, zum Beispiel indem Schulwege sicher gemacht, verkehrsberuhigte Zonen eingeführt, Spiel- und Freizeitmöglichkeiten oder Aufenthaltszonen für alle Altersgruppen geschaffen werden.
- Verschiedene Formen der flexiblen Kinderbetreuung werden ausgebaut und den jeweiligen Bedürfnissen von Familien in der Kommune, insbesondere denen der arbeitenden Mütter und Väter, angepasst.

Frage 3. Welche konkreten Maßnahmen wurden in der Allianz zwischen der Landesregierung und der Stadt Büdingen beschlossen?

- "Arbeit is coming home"
Kampagne mit dem Ziel, Arbeit wieder in die Peripherie zu lotsen. Große Firmen sollen davon überzeugt werden, dass Büdingen ein attraktiver Standort für weitere Niederlassungen sein könnte. Neue Modelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen mit Büdingern, aber vor allem auswärtigen Arbeitgebern entwickelt werden.
- Aktion "Wir sind ganz Ohr"
Ziel der Aktion ist es, Wünsche und Probleme von alleinstehenden jungen Menschen oder noch kinderlosen Paaren und jungen Familien besser verstehen und analysieren zu können sowie die Büdinger Öffentlichkeit zu sensibilisieren.
- Schaffung eines Familienzentrums ("Planet Zukunft")
Das Zentrum wird neben Familien mit und ohne Kinder alle Bürger ansprechen. Es soll Familien und angehenden Familien beratend zur Seite stehen, über interessante Veranstaltungen informieren, das Angebot in geeigneter Weise (Internet, Presse etc.) publizieren, zusätzliche Bedarfe ermitteln und sich unter Einbindung sämtlicher örtlicher Institutionen um den zielgerichteten Ausbau des Betreuungsangebots bemühen, vorhandene Angebote organisieren und koordinieren und eine unbürokratische Kurzzeitbetreuung anbieten.
- Ausweitung des Angebots an Krippenplätzen und Nachmittagsbetreuung für Schulkinder.

Frage 4. Wie hoch sind die finanziellen Aufwendungen des Landes für die Allianz mit Büdingen?

Hierzu kann bisher noch keine konkrete Aussage getätigt werden, da noch kein Finanzierungskonzept aus Büdingen eingereicht wurde. Der mögliche Finanzierungsrahmen, der von Büdingen maximal ausgeschöpft werden kann, beträgt 450.000 € pro Haushaltsjahr über einen Zeitraum von zehn Jahren.

Wiesbaden, 22. November 2006

Silke Lautenschläger